

# Weiter in den Ausbau der Digitalisierung investieren



**Dirk Schrödter**

Minister für Digitalisierung  
und Medienpolitik und Chef  
der Staatskanzlei des Landes  
Schleswig-Holstein

Die digitale Transformation von Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und unserer Gesellschaft insgesamt ist längst in allen Lebens- und Arbeitsbereichen angekommen und nicht mehr wegzudenken. Sie eröffnet außerordentlich große Chancen für unser Leben und Zusammenleben, für unser Arbeiten und Zusammenarbeiten, für unsere Forschung und für unsere Wirtschaft, für die Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge und, und, und – wenn wir sie richtig gestalten.

Diese Gestaltungsaufgabe obliegt allen gesellschaftlichen Akteuren. Die erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung verstehen wir in Schleswig-Holstein deshalb als eine ebenen- und fachübergreifende Aufgabe aller Institutionen und Organisationen des Landes. Das Selbstverständnis der Landesregierung ist es, vernetzte Gestalterin einer souveränen digitalen Gesellschaft zu sein. Darauf haben wir unsere Digitalstrategie ausgerichtet und deshalb steuern wir die Digitalisierung seit dem Jahr 2022 aus der Staatskanzlei heraus. So wollen wir den Digitalstandort Schleswig-Holstein zur digitalen Vorreiterregion in Europa machen.

Wir haben unsere Ziele fest im Blick, die wir nur durch den konsequenten Einsatz von digitalen Lösungen erreichen werden. Wir wollen Energiewendeland Nummer eins bleiben und erstes klimaneutrales Industrieland werden, um einen Beitrag zu leisten, den Klimawandel einzudämmen und so unsere Verantwortung für die Welt wahrzunehmen. Wir wollen Wachstumsmotor für neue digitale Technologien sein, um den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein zu stärken. Die Digitalisierung bietet Chancen, unsere Wertschöpfung zu dezentralisieren, um damit zugleich unsere ländlichen Räume zu stärken und dazu beizutragen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaf-

fen. Und wir wollen die Sicherheitslage im Cyberspace, die digitale Souveränität des Landes und seiner Bürgerinnen, Bürger sowie der Wirtschaft, insbesondere unserer kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), verbessern.

Ohne die Digitalisierung massiv zu beschleunigen, werden wir diese Ziele jedoch nicht erreichen können. Die Dynamik der digitalen Transformation zu erhöhen, bedeutet, die Investitionen in die Digitalisierung nicht einzuschränken. Man sollte meinen, dass in einer Situation, in der laut jüngster Steuerschätzung im Jahr 2028 gegenüber dem Jahr 2023 rund 200 Milliarden Euro Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen zusätzlich zur Verfügung stehen, diese Investitionen problemlos möglich sein sollten. Aber – die internationalen Krisen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf unsere öffentlichen Haushalte. Sie sind weiterhin stark durch krisenbedingte Ausgaben belastet und so scheinen die Defizite nicht geschlossen werden zu können. Gleichzeitig belasten „versteuerte“ Ausgabepositionen auf der Konsumseite, deren Wirksamkeit viel zu wenig in den Blick genommen wird, die Steuerungsfähigkeit der öffentlichen Budgets. Bei grundsätzlich wachsenden Steuereinnahmen und einem Defizit ist es Aufgabe des Staates, die Ausgabepfade über den Konjunkturzyklus hinweg so zu gestalten, dass deren Wachstumsraten unterhalb der des prognostizierten Einnahmepfades liegen, im Falle eines ausgeglichenen Haushalts maximal in Höhe der des Einnahmepfades. Das scheint bislang nur im Zeitraum 2010 bis 2020 gut gelungen zu sein. In der aktuellen Lage ist es wohl offensichtlich, dass es vielfach nicht ohne einen „Rückbau“ des Staates gelingen wird, die für die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft notwendigen Zukunftsausgaben finanzierbar zu machen.

Auch hier kann die Digitalisierung uns helfen. Sie ermöglicht es uns viel stärker als bislang, daten- und evidenzbasiert und dann unter Einsatz von künstlicher Intelligenz zur Datenauswertung die Wirksamkeit und damit die Sinnhaftigkeit öffentlicher Ausgaben oder Ausgabenprogramme zu beurteilen und den Mitteleinsatz dorthin zu lenken, wo der höchste Grenzertrag einer Ausgabe zu erwarten ist. Grenzertragsmessungen fallen nicht leicht, gerade wenn es um Fragen der inneren und äußeren Sicherheit sowie der digitalen Souveränität geht, an deren Sicherstellung kein Weg vorbei geht.

Hierfür müssen, dauerhaft und planbar, die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, denn als Verwaltung müssen wir jederzeit selbstbestimmt über die Betriebsprozesse unserer eingesetzten IT-Systeme bestimmen können und Herr über unsere Datenräume sein. Bundesweit muss der Fokus auf die digitale Souveränität gerichtet werden. Ein Schlüssel dazu ist



Blick auf Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel

das Schaffen eines Umfelds offener Innovationen und insbesondere der Einsatz von Open-Source-Lösungen. Gerade in einem Markt, der zur Monopolbildung neigt, muss der Staat darauf achten, sich nicht in Abhängigkeiten zu begeben und sich aus diesen Abhängigkeiten lösen. Das wäre ein wichtiger Aspekt einer nationalen Sicherheitsstrategie. Die Energiekrise hat uns deutlich vor Augen geführt, was Abhängigkeit bedeutet. Unabhängigkeit im digitalen Raum ist mindestens so wichtig wie Energiesouveränität.

Mit Blick auf die Funktionsfähigkeit unseres Staates muss es uns allen daher ein prioritäres Anliegen sein, die öffentliche Verwaltung zu einem Innovationstreiber zu entwickeln. Ein Schlüsselfaktor dafür ist, dass der Staat seine Rolle und Verantwortung im Ermöglichen digitaler Wertschöpfungsketten und dem Etablieren von Konzepten für offene Innovationen und Kooperationen ausübt und wahrnimmt. Dies sind elementare Erfolgsfaktoren zur Förderung einer aktiven Start-up-Kultur, aber auch zur Stärkung unserer leistungsfähigen mittelständischen Unternehmen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Dabei spielen natürlich unsere öffentlichen Budgets eine herausragend wichtige Rolle. Das Investitionsvolumen der öffentlichen Haushalte ist Gradmesser dafür, ob und wie wir unser Land in eine erfolgreiche digitale Zukunft lenken. Über eine gezielte Steuerung von Haushaltsmitteln lassen sich die Chancen, die die Digitalisierung für die Wertschöpfung bietet, greifbar machen. Es geht um nichts weniger als um eine konsequent am Einsatz von Open Source ausgerichtete Industriepolitik für den Digitalstandort Deutschland.

Die Nutzung und Förderung von Open-Source-Software und das Etablieren und Fortentwickeln offener Standards muss vorangetrieben werden, was sich auch im Bereich der Auftragsvergabe durch die öffentliche Verwaltung niederschlagen muss. Open Source, offene Standards und offene Lösungen werden zukünftig eine deutlich stärkere Rolle im Handeln von Bund und Ländern spielen müssen. Nur so kann eine

wesentliche Verbesserung im Bereich der Sicherheit kritischer Infrastrukturen ermöglicht werden, zum Beispiel durch einen souveränen Betrieb und unabhängige Weiterentwicklung von Lösungen sowie die Reduzierung von Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern oder Herstellern. Nutzen wir endlich die Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte für mehr digitale Souveränität und mehr Wertschöpfung. Beides sind zwei Seiten einer Medaille.

In Schleswig-Holstein gehen wir genau diesen Weg. Wir haben einen klaren Umstiegsplan entwickelt, der vom Einsatz von Office-Anwendungen, über die Groupware und Kollaborationstools bis hin zur Betriebssystemumgebung und Telefonie reicht. Überall soll Open-Source-Technologie zum Einsatz gebracht werden. Was für die Verwaltung gilt, gilt auch für unsere Unternehmen. Auch sie müssen selbstbestimmt und sicher im digitalen Raum wirtschaften können. Auch sie müssen sich ihrer Abhängigkeit bewusst sein und viel stärker als bisher ihren Ressourceneinsatz neu gestalten. Das stellt insbesondere unsere KMU vor Herausforderungen. Der Staat muss hier unterstützend tätig werden.

Für all die hier aufgezählten Bereiche gibt es intelligente und voll einsatzfähige Lösungen, die in eine flächendeckende Umsetzung geführt werden sollten. Das kann nur gelingen, wenn wir deutschlandweit mit vereinten Kräften und mit einer effektiven Steuerung durch das gezielte Einsetzen der vorhandenen Budgets daran arbeiten, Open-Source-Lösungen in den Einsatz zu bringen. Diese Koordinierungsrolle könnte der IT-Planungsrat, in dem Bund und Länder das Vorgehen abstimmen, annehmen mit dem Ziel, die „souveräne Digitalisierung“ konkret und zielgerichtet zu verfolgen. Es braucht aber auch einen gesetzlichen Vorrang für den Einsatz solcher Open-Source-Lösungen in der öffentlichen Verwaltung.

Gleichzeitig gilt es, die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen planbar zur Verfügung zu stellen. Das liegt in der Verantwortung der Regierungen von Bund und Ländern. Nur über eine auskömmliche, nachhaltig abgesicherte und auf den Punkt gebrachte Finanzierung von Projekten kann es ermöglicht werden, digital souveräne Lösungen zu entwickeln und weiterzuentwickeln und nicht dadurch zu behindern, dass Budgets in Lizenzen für den Einsatz von Lösungen großer weltweit operierender Technologieanbieter gelenkt werden.

Schleswig-Holstein geht diesen Weg in die digitale Souveränität und verbindet diesen mit einem klaren industriepolitischen Fokus zur Stärkung der heimischen Digitalwirtschaft. Für unsere Digitalpolitik brauchen wir aber auch bundesweit einen klaren industriepolitischen Kompass. |